

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktion der AfD

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/88 -
Schüler- und Auszubildendenticket zügig einführen -
Jugendliche und Eltern entlasten

Schüler- und Auszubildendenfahrkarte zügig einführen

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine vergünstigte, thüringenweit einheitliche Schüler- und Auszubildendenfahrkarte einzuführen, sodass bereits zum Beginn des Berufsbildungsjahres 2016/2017 eine Entlastung der Schüler und Auszubildenden erfolgen kann. Dabei soll ein Angebotsmodell geprüft werden, das auf den bereits existierenden lokalen Schülerfahrkarten aufbaut und alle auf Thüringer Gebiet tätigen Verkehrsverbünde und -unternehmen in einem entsprechenden Rahmenvertrag einbezieht. Es ist sicherzustellen, dass kein Zwang zum Fahrkartenaufkauf für die Schüler und Auszubildenden entsteht.

Begründung:

Es gilt eine landesweite Mobilität von Schülern und Auszubildenden zu gewährleisten. Jungen Menschen soll durch eine thüringenweit gültige Fahrkarte ermöglicht werden, unabhängig von ihrer persönlichen oder familiären Situation zwischen dem Schulort, dem Wohnort und dem Arbeitsplatz günstig mobil zu sein. Ein Bundesland, das wie Thüringen durch ländliche Regionen geprägt ist, muss attraktive Angebote des öffentlichen Nahverkehrs bereitstellen, um für junge Menschen interessant zu bleiben.

Von besonderer Bedeutung bei der Einführung einer Schüler- und Auszubildendenfahrkarte ist jedoch der Verzicht auf einen zwangsweisen Kauf der Fahrkarte für alle Familien. Dies würde zu einer erhöhten Belastung für diejenigen Familien führen, die beispielsweise nur unzureichend an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind oder die Nutzung anderer Verkehrsmittel bevorzugen. Die Einführung der Schüler- und Auszubildendenfahrkarte kann als Standortvorteil für Thüringen gesehen werden und auch den Nebeneffekt haben, jungen Familien die Ansiedlung in ländlichen Regionen zu erleichtern.

Für die Fraktion:

Rudy